

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Ein glänzendes neues Jahr; Statistiktricks und Niedriglohn; Leiharbeit ohne Lohndumping jetzt!; Rechenfehler beim Hartz IV-Regelsatz; Linke darf nun doch bei Hartz-IV-Reform mitreden; Bankenskandale in Bayern und der Teil-Weisswaschgang der CSU; ACS, das Puzzlestück Hochtief und der Masterplan; die private Vorsorge ist pure Ideologie; Rhön-Klinik geht gegen Kritiker vor; warum der Dioxin-Skandal folgenlos bleiben wird; Parteienfinanzierung; Opfer; Estlands unnötige Hypothek für die Währungsunion; Iren-Anleihen sind Schweiz zu schlecht; Euroland in Bankenhand; Obama macht Wall-Street-Banker zum Stabschef; die Ärmsten werden am härtesten getroffen; Brüssel nimmt die ungarische «Krisensteuer» unter die Lupe; risikoreiche Entscheidungen verursachten Ölpest; Italien: Plastiktüten-Radikalkur; doppelte und dreifache Verschuldung durch Studiengebühren; entzauberte amerikanische Stiftungen; Neuropolitik: Das Hirn schlägt links. (WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Lucas Zeise - Ein glänzendes neues Jahr](#)
2. [Statistiktricks und Niedriglohn](#)
3. [DGB: Leiharbeit ohne Lohndumping jetzt!](#)
4. [Rechenfehler beim Hartz IV-Regelsatz](#)
5. [Linke darf nun doch bei Hartz-IV-Reform mitreden](#)
6. [Skandalbank Hypo-Alpe \(Skandalalpe\), BayernLB und der Teil-Weisswaschgang der CSU](#)
7. [ACS, das Puzzlestück Hochtief und der Masterplan](#)
8. [Die private Vorsorge ist pure Ideologie](#)
9. [Rhön-Klinik geht gegen Kritiker vor](#)
10. [Verseuchtes Tierfutter: Warum der Dioxin-Skandal folgenlos bleiben wird](#)
11. [Parteienfinanzierung «Wir müssen den Blick auf die Stimmbürger richten»](#)
12. [Und die Opfer?](#)
13. [Heiner Flassbeck: Estlands unnötige Hypothek für die Währungsunion](#)
14. [Iren-Anleihen sind Schweiz zu schlecht](#)
15. [Euroland in Bankenhand](#)
16. [Obama macht Wall-Street-Banker zum Stabschef](#)
17. [Die Ärmsten werden am härtesten getroffen](#)
18. [Brüssel nimmt die ungarische «Krisensteuer» unter die Lupe](#)
19. [Risikoreiche Entscheidungen verursachten Ölpest](#)
20. [Italien: Plastiktüten-Radikalkur](#)
21. [Doppelte und dreifache Verschuldung durch Studiengebühren](#)
22. [Entzauberte amerikanische Stiftungen](#)
23. [Zu guter Letzt: Neuropolitik: Das Hirn schlägt links](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)*

1. **Lucas Zeise - Ein glänzendes neues Jahr**

□Die steigenden Renditen am Markt für Staatsanleihen zeigen, dass es selbst für die US-Konjunktur noch Hoffnung gibt. Das wird uns über die Runden retten - vorerst. 3,5 bis vier Prozent Wirtschaftswachstum ist für den Globus ja nicht schlecht, kann man mit Recht sagen. Schlecht daran ist nur, dass es auch im fünften Jahr nach Ausbruch der großen Finanzkrise aus den oben genannten Gründen noch kein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung im globalen Maßstab ist. Daran ändert auch die neue Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer nichts. Sie wuchsen in den vergangenen zwei Jahren stetig - trotz der tiefen Rezession in den meisten OECD-Ländern. Dieses fortdauernde Wachstum ist neben der expansiven staatlichen Politik der zweite Faktor, welcher die Weltkonjunktur expandieren ließ. Dieser Faktor bleibt 2011 wirksam - wenn auch in geringerem Maße als im Vorjahr. □All das wird reichen, um die exportgetriebene Erholung in Deutschland fortzusetzen. Es dürfte ausreichen, die Gewinne vieler Unternehmen auf neue Rekordhöhen zu treiben. Es dürfte genügen, um das zähe Überangebot am Arbeitsmarkt weiter langsam zurückzuführen. Dass aber die Binnenkonjunktur in Deutschland anspringt, wie von vielen prognostiziert, kann bezweifelt werden. Die sinkende Arbeitslosigkeit wird immer noch von einer Zunahme schlecht bezahlter Jobs begleitet. Das kompensiert die Wirkung der in einigen Bereichen kräftig steigenden Löhne auf die Realeinkommen, zumal die Renten nicht steigen und der Staat unverändert die Kosten für Gesundheit, Bildung und Infrastruktur auf die Bürger abwälzt. Die Investitionen schließlich werden nicht erheblich zunehmen, solange noch weit unter den Kapazitätsgrenzen produziert wird. □All das wird reichen, um den überdimensionierten Finanzsektor vorläufig über Wasser zu halten. Um ihn zu retten, wird noch viel öffentliches Geld als Sicherheit hinterlegt oder schlichtweg verpulvert. Die Banken selbst können bei höheren Langfristrenditen mit dem erprobten Geschäftsmodell der Fristentransformation wieder Fett ansetzen und den Eindruck erwecken, auch ohne Staatsgarantie weiterleben zu können. Es geht uns glänzend 2011.□

Quelle: [FTD](#)□

2. **Statistiktricks und Niedriglohn**

Von wegen »Jobwunder«: Seit 1992 gingen 1,8 Millionen Vollzeitstellen verloren

Quelle: [Junge Welt](#)

3. **DGB: Leiharbeit ohne Lohndumping jetzt!**

Quelle: [DGB Klartext \[PDF - 123 KB\]](#)

4. **Rechenfehler beim Hartz IV-Regelsatz**

a. **Im Hartz-IV-Regelsatz fehlt warmes Wasser**

Bei der Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes könnte dem Bundesarbeitsministerium ein schwerwiegender Fehler unterlaufen sein. Der Bedarf für die Warmwasserbereitung ging nach Informationen des Deutschen Landkreistages nicht in die Bemessung des Regelbedarfs ein.

Quelle: [Frankfurter Allgemeine](#)

b. **DGB Gutachten: Prof. Dr. jur. Johannes MünderTU-Berlin Lehrstuhl für Sozialrecht und Zivilrecht**

Entspricht der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20.10.2010 den verfassungsrechtlichen Anforderungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1 BvL 1/09 vom 09.02.2010?

- Eine rechtsgutachterliche Stellungnahme

Quelle: [DGB \[PDF - 240 KB\]](#)

***Anmerkung MG:** Hier nur das Fazit: Damit hat für diese Regelbedarfsgruppe eine Ermittlung der erforderlichen Tatsachen nicht stattgefunden, logischerweise ist auch die Darlegung der Berechnungsschritte mit nachvollziehbarem Zahlenwerk nicht gegeben. Insofern ist der Gesetzgeber hinsichtlich dieser Regelbedarfsstufe 3 seiner Pflicht zur Ermittlung, zur transparenten Darstellung und zur Begründung nicht nachgekommen. Insofern ist der RegE diesbezüglich verfassungsrechtlich nicht hinreichend abgesichert.*

5. **Linke darf nun doch bei Hartz-IV-Reform mitreden**

Die Linke darf überraschend doch an der Arbeitsgruppe zur Hartz-IV-Reform teilnehmen. Zuvor hatte die Partei mit dem Verfassungsgericht gedroht.

Quelle: [Welt](#)

Aber vorher bedurfte es einer Klageandrohung:

Linke klagt gegen Vermittlungsverfahren zu Hartz IV

Die Partei die Linke hält das derzeit laufende Vermittlungsverfahren zur Hartz-IV-Reform für verfassungswidrig, weil sie an der entscheidenden Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses nicht beteiligt ist. Die Bundestagsfraktion hat deshalb eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, mit der sie ihre Beteiligung erzwingen will. In der achtköpfigen Delegation des Bundestages in der Arbeitsgruppe, die über Neuregelungen für Hartz-IV-Empfänger berät, sind nur

Abgeordnete von Union, SPD, FDP und Grünen vertreten. "Wir fühlen uns in unserem Partizipationsrecht beschnitten", sagte der ehemalige Bundesrichter und jetzige Linken-Abgeordnete Wolfgang Neskovic der Berliner Zeitung. Er vertritt die Klage.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung unsers Lesers U.T.: Der im Artikel beschriebene Tatbestand (keine Vertreter der Linken in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses) ist schon seit Ende Dezember bekannt, wurde aber bisher von allen relevanten Medien konsequent totgeschwiegen. Erst die Meldung über die Klage beim BVG bringt diesen Skandal ans Tageslicht und zeigt sogleich, dass sich beim Thema Hartz IV Schwarz/Gelb und Rot/Grün problemlos im kollegialen Schulterschluss üben, um die Schmuttelkinder und Hartz IV-Gegner Linkspartei von demokratischen Willensbildungsprozessen auszuschließen.

Etwas später:

6. **Skandalbank Hypo-Alpe (Skandalpe), BayernLB und der Teil-Weisswaschgang der CSU**

Den Universitäten in Bayern geht es bereits an den Kragen. Massive, um nicht zu sagen brutale, Mittelkürzungen sind für nötig erklärt worden, nachdem die Verluste der BayernLB insgesamt fast halb soviel kosten, wie der Freistaat in den letzten 50 Jahren insgesamt an Schulden aufgenommen hat.

Quelle: [Nachrichten heute](#)

7. **ACS, das Puzzlestück Hochtief und der Masterplan**

Seit Dienstag ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Baukonzern ACS die Macht bei Hochtief ergreift. Die Angst vor der Zerschlagung nimmt wieder zu. Denn für die Spanier ist der Deal womöglich nur Teil eines größeren Plans: den Einstieg in die Energiewirtschaft.

Quelle: [FTD](#)

8. **Die private Vorsorge ist pure Ideologie**

Nichts von dem, was der Beitragszahler in seine private Lebensversicherung einzahlt, wird in seinem ganz persönlichen Tresor eingeschlossen und angesammelt.

Die privaten Versicherungen unterscheiden sich zunächst kaum von der gesetzlichen Rentenkasse. Sie nehmen auf der einen Seite Geld ein und geben es auf der anderen Seite wieder aus. Während bei der gesetzlichen Rente mit den Einnahmen die aktuellen Leistungen finanziert werden, investieren die Privaten das Geld überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere: Pfandbriefe, Bankdarlehen, Staatsanleihen. Dort liegt die Verzinsung nur noch knapp über der Inflationsrate. Für die Lebensversicherungen

wird es immer schwieriger, auch nur den gesetzlichen Garantiezins von 2,25 Prozent zu erwirtschaften. Je mehr Vorsorgekapital gewinnbringend angelegt werden muss, desto teurer werden Wertpapiere: deren Kurse steigen, die Renditen fallen. Am Ende ihrer Laufzeit müssen die Anleihen (ob öffentlich oder privat) vom Schuldner beglichen werden. Das angelegte Geld muss später über den Umweg der Versicherungen an die Beitragszahler zurückfließen.

Quelle: [taz](#)

***Anmerkung WL:** Das konnten Sie alles schon seit mehreren Jahren auf den NachDenkSeiten nachlesen, aber wir freuen uns natürlich, dass unsere Argumente allmählich auch in die taz vordringen.*

9. **Rhön-Klinik geht gegen Kritiker vor**

Wer sich in der Öffentlichkeit negativ über die Krankenhäuser der Rhön-Klinikum AG äußert, muss mit juristischen Folgen rechnen. Der Konzern greift gegen Kritiker hart durch.

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

10. **Verseuchtes Tierfutter: Warum der Dioxin-Skandal folgenlos bleiben wird**

Tiermehl, Nitrofen und jetzt mal wieder Dioxin: Regelmäßig erschüttern Futtermittelskandale das Vertrauen der Verbraucher. Doch wenn die Erregung vorbei ist, bleibt alles beim Alten – weil Politik und Industrie, aber auch die Kunden es so wollen.

Quelle: [Spiegel](#)

***Anmerkung:** Es ist zu befürchte, dass die Kommentatorin recht hat.*

11. **Parteienfinanzierung «Wir müssen den Blick auf die Stimmbürger richten»**

Martina Caroni, Rechtsprofessorin in Luzern, über den angeblich mündigen Bürger, schweigende PolitikerInnen und die Notwendigkeit, Regeln für die Parteien- und Kampagnenfinanzierung zu schaffen.

Quelle: [Wochezeitung WOZ](#)

12. **Und die Opfer?**

Was sich Gesine Löttsch da erlaubt hat, das ist wahrhaft unverfroren. Die Opfer allumfassender Systeme müssen genannt werden, die Blutspur darf nicht unter dem Tisch verharren – das ist vollkommen richtig. Es ist unverzeihlich, wenn man auf den Pfaden des Kommunismus schwelgt, ohne dabei an jene zu denken, für die der Pfad ein Trampelpfad war; trefflicher gesagt: für den sie selbst der Trampelpfad waren, auf

dem sie niedergedrampelt wurden. Gelobte und ersehnte Systeme und Heilslehren, sie lassen selten Freiräume für die Opfer - und alleine diese fehlende Räumlichkeit macht totale Ideen suspekt. Wo eigentlich gedenken die Anführer der Wirtschaftsliberalen, die hierzulande unter der Abkürzung FDP firmieren, der vielen vielen Opfer, die der Kapitalismus fabriziert hat? Hat man die schon mal dem Fundament des Kapitalismus gedenken gehört, das laut Lutz Graf Schwerin von Krosigk (1887 - 1977) aus den "Leichen von Tausenden von Kindern" besteht? Haben die schon mal gezielt um jene getrauert, die im Strudel der jungen Industrialisierung abmagerten, verhungerten, jämmerlich verreckten? Warum fallen so selten die Namen der Opfer, wenn vom Kapitalismus gesprochen wird?

Quelle: [Ad Sinistram](#)

13. **Heiner Flassbeck: Estlands unnötige Hypothek für die Währungsunion**

Der Euro-Neuzugang hätte vor Einführung der Gemeinschaftswährung abwerten müssen. Nun wird er mit seinen hohen Lohnstückkosten zur Belastungsprobe.

Quelle: [Financial Times Deutschland](#)

14. **Iren-Anleihen sind Schweiz zu schlecht**

□Iren-Bonds sind Schweizern nicht sicher genug Die schweizerische Notenbank nimmt keine Schuldtitel des Inselstaats mehr als Sicherheit für Repo-Geschäfte an. Das erhöht auch die bilanziellen Risiken für die EZB. Sie hatte im Zuge der Finanz- und später der Euro-Schuldenkrise ihre Anforderungen an die Sicherheiten gesenkt. Im Falle Griechenlands hatte sie im Mai gar beschlossen, Anleihen völlig unabhängig von der Bonität zu akzeptieren. Das dürfte sie im Notfall anderen Ländern kaum verweigern können. Für die EZB steigt damit das Risiko in ihrer Bilanz, weshalb diese Hilfen im EZB-Rat umstritten sind. Unlängst hat sie gar eigens ihr Eigenkapital in etwa verdoppelt, um für eventuelle Verluste besser gewappnet zu sein.□

Quelle: [FTD](#)□

Anmerkung Orlando Pascheit: *Dass die Schweizer Notenbank griechische Anleihen nicht mehr akzeptierte, ist ein wenig untergegangen. Die Weigerung, irische Anleihen anzunehmen, informiert den Markt dahingehend, dass die Schweiz nicht mehr daran glaubt, dass Griechenland und Irland ihre Schulden zurückzahlen werden. Das glaubt der Markt wahrscheinlich schon lange nicht mehr, aber bis dahin und damit lässt sich natürlich schön spekulieren.*

15. **Euroland in Bankenhand**

Nun ist es durch, das Rettungspaket für Irland und damit - so jedenfalls die offiziellen Stellungnahmen - auch für den Euro. Doch Zweifel sind angebracht. Zweifel daran, dass hier tatsächlich Irland oder gar der Euro gerettet werden sollten. Denn selten

war eine Debatte so zynisch und verlogen wie diese. Sogar der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, gerierte sich dieser Tage ganz als guter Europäer, der bei seinem Plädoyer für die Irlandhilfe nur die Wahrung der Einheit Europas im Blick habe. Unerwähnt blieb allerdings, wie sehr auch seine Bank von einer Pleite Irlands betroffen wäre. Bei seiner Aussage, wonach die Deutsche Bank mit lediglich knapp 400 Mio. Euro „netto“ gegenüber Irland „exponiert“ sei, handelt es sich gewissermaßen bloß um das Kleingedruckte. Netto meint hier, es gibt Soll und Haben und beide sind verrechnet. Faktisch aber sieht man nur die Spitze eines Eisbergs und nicht seine gesamte Dimension, sprich: die wirkliche Höhe der Kredite, mit denen Irland bei der Deutschen Bank in der Kreide steht - und die im Falle eines Staatsbankrotts abzuschreiben wären. Auch hat Herr Ackermann nicht präzisiert, was er mit seinem Irland-Exposure eigentlich genau meint. Er hat also eigentlich nichts gesagt. Daher sollten solche Aussagen zumindest misstrauisch machen. Wie kann es überhaupt angehen, dass Irland, ein Land, das 2007 noch das reichste Land der EU war, plötzlich vor der Staatspleite steht?

Quelle: [Blätter für deutsche und internationale Politik](#)

Und in den USA sieht es nicht anders aus:

16. Obama macht Wall-Street-Banker zum Stabschef

Eigentlich galt Barack Obama bislang vielen Beobachtern als Gegner der Wall Street. Aber nach den für die Demokraten desaströsen Wahlen im Herbst geht er auf Kuschelkurs mit Big Business. William Daley, bislang Manager bei JP Morgan, wird sein neuer Stabschef. Dass Obama einen Wirtschaftsexperten mit Politerfahrung ins Boot holt, gilt in Washington als cleverer Schachzug. Doch Daley ist nicht die einzige neue Personalie im Weißen Haus mit Wall-Street-Hintergrund.

Quelle: [Handelsblatt](#)

17. Die Ärmsten werden am härtesten getroffen

□Die Lebensmittelpreise befinden sich auf einem Rekordhoch, und es sind mal wieder die Ärmsten der Welt, die am meisten darunter zu leiden haben. Die Preisentwicklung steht inzwischen ganz oben auf der Agenda vieler Regierungen weltweit, weil sie Sorgen etwa um gewaltsame Proteste und Ausfuhrverbote weckt. Zudem steht zu befürchten, dass Spekulanten die Situation ausnutzen könnten und die Preise mit Blick auf einen schnellen Profit weiter in die Höhe treiben könnten. «Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln treffen die Ärmsten am härtesten, weil sie einen grösseren Anteil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen», sagte der Geschäftsführer der Weltbank-Tochter Miga, James Bond. «Dadurch entstehen bedeutende Spannungen in ärmeren Ländern, wachsende Unterschiede beim Lebensstandard sind Quelle für

soziale Unruhen.» Vor drei Jahren hatte eine ähnlich dramatische Entwicklung zu Unruhen etwa in Haiti, Ägypten und Kamerun geführt und Forderungen nach einer stärkeren Regulierung der Agrarmärkte geweckt.

□Quelle 1: [NZZ](#)□

Quelle 2: [NZZ](#)

18. **Brüssel nimmt die ungarische «Krisensteuer» unter die Lupe**□

Die halbjährige ungarische EU-Rats-Präsidentschaft beginnt mit Misstönen: Wie die EU-Kommission am Montag mitteilte, prüft sie nicht nur das neue ungarische Mediengesetz auf seine Vereinbarkeit mit dem EU-Recht, sondern auch eine im Oktober beschlossene «Krisensteuer». Noch allerdings hat sie kein formelles Verfahren eröffnet, und es ist nicht klar, ob überhaupt EU-Vorgaben verletzt werden. Das Steuereossier hat neue Brisanz erhalten, weil sich, wie bereits gemeldet, kurz vor Weihnachten dreizehn Konzerne aus fünf anderen EU-Staaten per Brief bei der Kommission darüber beklagt hatten. Zu den Unterzeichnern gehören neben der Deutschen Telekom eine Reihe von Firmen aus den Sektoren Energie (E.ON, RWE, OMV u. a.), Handel (Rewe, Spar) und Finanzen (Aegon, Allianz, Axa, ING).

□Quelle: [NZZ](#)□

Anmerkung Orlando Pascheit: *Wir dürfen darauf gespannt sein, wo Brüssel eingreifen wird: beim Mediengesetz oder bei der Krisensteuer. Jeder darf raten. Interessant ist, welche Unternehmen geklagt haben. Alles Firmen, die schlecht mit einer Verlagerung in andere Regionen drohen können. Diese Krisensteuer mag ja, isoliert gesehen, sinnvoll sein. Das für 2011 kalkulierte Defizit von umgerechnet knapp 2,5 Milliarden Euro kann ja nicht nur über Sparmaßnahmen erreicht werden, sondern muss auch über die Einnahmeseite laufen. Aber führt man dann gleichzeitig eine Flat Tax von 16 Prozent ein? Die letzte der drei großen Ratingagenturen, Fitch, glaubt nicht mehr an die Spar- und Einnahmestrategien Ungarns und hat das Land knapp über Ramsch eingestuft. Wo will Ungarn jetzt Geld für anstehende Umschuldungen aufnehmen? Vielleicht ist dies ja eine Gelegenheit für die EU, Ungarn von seinem autoritären Pfad abzubringen. Demnächst will Orbán die letzten unabhängigen Gewerkschaften schleifen. Wenn die EU dies auch noch zulässt, ist die europäische Wertebasis keinen Pfifferling wert.*

19. **Risikoreiche Entscheidungen verursachten Ölpest**□

Die Explosion der Bohrinself «Deepwater Horizon» am 20. April 2009 sei «das Ergebnis verschiedener individueller Fehltritte und Versehen durch BP, Halliburton und Transocean», heisst es im Abschlussbericht der von Präsident Obama eingesetzten Kommission, der am Donnerstag in Auszügen veröffentlicht wurde. Viele der von den

beteiligten Unternehmen getroffenen Entscheidungen hätten, «ob beabsichtigt oder nicht», den Firmen bedeutende Zeit- und Kostenvorteile verschafft, heisst es darin. Die drei Unternehmen hätten es versäumt, sicherzustellen, dass ihre Handlungen keine Gefahr darstellten. □ Der Ko-Vorsitzende der Kommission, Floridas Ex-Senator Bob Graham sagte, die Untersuchung habe gezeigt, dass die Katastrophe vermeidbar gewesen wäre. «Diese Katastrophe wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn die verantwortlichen Unternehmen vom eindeutigen Bekenntnis zu ‘Sicherheit geht vor’ geleitet worden wären», sagte Graham. «Und es wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn die zuständigen Regierungsstellen die Fähigkeit und den Willen gehabt hätten, Weltklasse-Sicherheitsstandards einzufordern.» □

Quelle: [NZZ](#) □

Anmerkung Orlando Pascheit: *Natürlich sind das keine individuellen Fehler. Die Devise, kurzfristiger Profit vor Sicherheit, ist ein systemisches Element des Neokapitalismus.*

20. **Italien: Plastiktüten-Radikalkur**

□ Von hundert auf null: das ist die Radikalkur, die der italienische Staat zu Jahresbeginn seinen Bürgern verordnet hat. Eines der plastikbeutelstarksten Länder Europas soll in Zukunft ganz ohne das umweltschädliche Zeug auskommen. Mit einem Jahresverbrauch von 20 Milliarden Stück seien die Italiener bislang Spitzenreiter in Europa gewesen, bilanziert der Umweltverband Legambiente. Pro Kopf macht das runde 330 Tüten pro Jahr - Tüten, die einen Nutzungszyklus von “bloß einigen Stunden” haben, wie die Umweltschützer festhalten. Dumm nur, dass dem extrem kurzen Nutzungs- ein extrem langer Lebenszyklus gegenübersteht. Je nach Qualität dauert es hunderte von Jahren, bis das Plastik sich abgebaut hat. Doch mit der milliardenfachen Einbringung des Plastikmülls in die Umwelt ist es jetzt vorbei. Seit 1. Januar dürfen sämtliche Händler des Landes nur noch Papiertüten rausgeben - oder biologisch abbaubare Plastiktüten aus Maisstärke, die sich schnell in Kompost verwandeln. Doch bei näherem Hinsehen ist die Neuregelung ein eher zweifelhafter Segen für die Umwelt: Die Ökobilanz der neuen Maisstärke-Tüten ist nämlich ihrerseits alles andere als positiv. Für ihre Herstellung werden Unmengen an Düngemitteln und Pestiziden freigesetzt, und der Energieaufwand ist enorm. □

Quelle: [taz](#) □

21. **Doppelte und dreifache Verschuldung durch Studiengebühren: Neue Studie für NRW bekräftigt Studiengebührenabschaffungspläne**

Die neu erschienene Veröffentlichung der „Sonderauswertung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Nordrhein-Westfalen“ durch die

Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke in NRW bestätigt zahlreiche Argumente gegen eine Erhebung von Studiengebühren. Die von der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) aus Hannover durchgeführte landesspezifische Auswertung der Daten der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass Studiengebühren zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung geführt haben. So stieg etwa die Erwerbstätigenquote der Studierenden in Nordrhein-Westfalen seit Einführung allgemeiner Studiengebühren auf 71 % und liegt damit um vier Prozentpunkte höher als im Durchschnitt in den alten Ländern. Auf die Frage warum während des Studiums Geld verdient wird antworteten 40 % der Befragten: „Um die Studiengebühren bezahlen zu können.“

Quelle: [Aktionsbündnis gegen Studiengebühren](#)

22. **Entzauberte amerikanische Stiftungen**

□Vor der Finanzkrise hatten die drei grössten amerikanischen Universitätsstiftungen über die Periode von zehn Jahren bis zum Fiskaljahr 2008 annualisierte Renditen von 16,3% (Yale University), 13,8% (Harvard University) und 14,2% (Stanford University) erwirtschaftet. Im Fiskaljahr 2009 verloren die drei Stiftungen dann satte -24,6%, -27,3% und -25,9%. Trotz einer guten Performance im jüngsten Fiskaljahr 2010 mit 8,9%, 11,0% und 14,4% sind sie dadurch noch weit von ihren Hochs entfernt. Die wahren Verluste der Stiftungen im Krisenjahr wären sehr wahrscheinlich noch weitaus höher, würde man alle Investments zu Verkaufspreisen valutieren. Nebst den direkten Auswirkungen auf das Universitätsleben, wie Kündigungen von Mitarbeitern und die oft zitierte Einstellung des warmen Frühstücks in Harvard, waren die Universitäten gezwungen, teures Fremdkapital aufzunehmen.

□Quelle: [NZZ](#)

23. **Zu guter Letzt: Neuropolitik: Das Hirn schlägt links**□

Kann die Hirnforschung neue Ordnung in die politische Beliebigkeit bringen? In Großbritannien legte man jetzt das Gehirn eines Konservativen und eines Linken unter den Gehirnsch scanner. Und siehe da: Sie unterschieden sich! Die Linken haben eine signifikant dickeren anterioren cingulären Cortex (ACC), bei Konservativen war der Mandelkern des Gehirns größer. Während der ACC zum oberste Kontrollzentrum des Hirns gehört, machen sich im Mandelkern alle Erregungszustände, von der Angst über die Aggression bis zur Wollust, bemerkbar.

□Quelle: [FAZ](#)